

Osteuropa und Deutschland

Berlin 1920

Die Frage des wirtschaftlichen Aufbaues der durch den Weltkrieg in Mitleidenschaft gezogenen, besonders aber der besiegten Staaten beherrscht als Kardinalfrage der Gegenwart alle Kreise, die einen Ausweg aus der furchtbaren Notlage der Gegenwart ersehnen. Unter den Ländern, die durch den Weltkrieg in ihren Grundfesten am stärksten erschüttert wurden, nimmt Deutschland wegen seiner überragenden Bedeutung als Industriestaat und als notwendiges Glied in der Weltwirtschaft die vornehmste Stelle ein. Der für Deutschland unglückliche Ausgang des Weltkrieges und der Friedensvertrag von Versailles zwingen diesen größten mitteleuropäischen Staat, das Herz Europas, zu gewaltigen Anstrengungen, um die furchtbaren Wunden, die ihm der Krieg geschlagen hat, zu heilen. In ganz Deutschland ist man sich darüber klar, daß nur angestrengteste Arbeit imstande ist, Deutschland vor dem vollständigen Zusammenbruch zu bewahren. Steigerung der Produktion, Wiedereroberung der verlorengegangenen Märkte, Beschaffung von Rohstoffen sind die Hauptaufgaben der deutschen Wirtschaft.

Angesichts der gesamten weltpolitischen Situation ist für Deutschland die Wiedergewinnung des osteuropäischen Marktes als Ausfuhrgebiet für deutsche Waren und als Lieferanten von in Deutschland notwendigen Rohstoffen eine Frage von Sein oder Nichtsein. Die Ostpolitik ist für die gesamte Weltwirtschaft von ungeheurer Bedeutung; für Deutschland aber ist sie das Um und Auf seiner Gesundungsmöglichkeit. Deutschland hat bis zum Kriege in immer stärker werdendem Maße den Markt Osteuropas beherrscht und durch dessen Zerstörung ist Deutschland darum am ärgsten betroffen. Wiederherstellung des osteuropäischen Marktes ist darum für Deutschland viel wichtiger als alle anderen sonst das politische Leben der deutschen Republik beherrschenden Fragen. Wegen der Kenntnis des osteuropäischen Marktes, wegen der im allgemeinen Deutschland gegenüber nicht feindseligen Haltung der meisten Völker Osteuropas ist es nach Herstellung halbwegs normaler Transportverhältnisse in Osteuropa für Deutschland am ehesten möglich, mit dem Osten Europas Handel zu treiben und sowohl der niedergebrochenen östlichen Wirtschaft zu Hilfe zu kommen als auch aus dieser Hilfeleistung selbst großen Nutzen zu ziehen.

Darum ist es für Deutschland besonders wichtig, sich genau darüber klar zu sein, was im Osten vorgeht. Nur durch Kenntnis der Entwicklungswahrscheinlichkeit im Osten ist Deutschland imstande, sich rechtzeitig auf die Wirtschaftsmöglichkeiten im Osten einzustellen und alle jene Vorarbeiten zu treffen, die notwendig sind, um im Augenblicke, wo die Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit dem Osten möglich sein wird, sofort einspringen zu können.

I.

Die politische Entwicklung Osteuropas.

Schon vor dem Kriege machte sich in Rußland ein immer stärker werdendes Streben nach Dezentralisierung bemerkbar. Rußland war ja ein ausgesprochener Nationalitätenstaat und die Randvölker des russischen Riesenreiches hatten das Bestreben, sich selbständig zu machen. Angesichts der Übermächtigkeit des russischen Kaisertums äußerte sich dieses Bestreben zunächst in Forderungen nach völkischer Autonomie und nach Dezentralisierung der Verwaltung. Namentlich Finnland, Polen, der Kaukasus und die Ukraine verlangten durch den Mund ihrer Vertreter immer energischer eine Provinzautonomie mit besonderen autonomen kulturellen und autonomen wirtschaftlichen Rechten. Die Petrograder Zentralregierung lehnte all diese Forderungen rücksichtslos ab, wiewohl sie sich auch darüber klar war, daß die zentralistische Verwaltung des Riesenreiches in vielfacher Hinsicht Schäden zeitigen mußte. Durch den Ausbruch der russischen Revolution im Jahre 1917 konnten sich die zentrifugalen Tendenzen der russischen Randvölker frei betätigen, und diese Völker beeilten sich auch, ihre langjährigen Forderungen nach Autonomie in die Tat umzusetzen. Zunächst hielten all diese Völker noch am Prinzip der russischen Föderation fest. Als aber in Großrußland die Anarchie überhand nahm, entschlossen sich die Randvölker, den Neuaufbau ihres politischen und wirtschaftlichen Lebens auf eigene Faust zu übernehmen. Noch im November 1917 tagte in Kiew ein Kongreß aller russischen Fremdvölker, der die Grundzüge der neuen russischen föderativen Verfassung beriet. Während der Tagung siegte in Petrograd die bolschewistische Revolution und die Randvölker sahen sich gezwungen, ihre eigenen Wege zu gehen. Aus eigener Kraft entstanden damals folgende Randstaaten: Finnland, die Ukraine und die kaukasischen Republiken. Polen und die Ostseestaaten hatten wegen der Besetzung durch die deutsche Armee keine Möglichkeit, selbständig politisch aufzutreten. Die Randstaatenidee ist das natürliche Ergebnis der innerrussischen Verhältnisse gewesen. Großrußland hatte im Laufe der Jahrhunderte die einzelnen Randvölker unterjocht, war aber nicht imstande gewesen, sie organisch zu assimilieren. Mit der fortschreitenden Entwicklung des russischen Gesamtstaates und dem Erwachen des nationalen Bewußtseins bei den russischen Randvölkern wuchs die Randstaatenidee zu einer immer stärker werdenden politischen Macht heran und setzte sich auch ins Leben um, als die objektive Voraussetzung, der Zerfall der zentralistischen Petrograder Gewaltherrschaft, gegeben war.

Auf diese Erscheinung des Zerfalles Großrußlands in Einzelstaaten kann die Aufmerksamkeit jedes politischen Beobachters nicht genug gelenkt werden. Denn die Auflösung des großrussischen Imperiums in seine natürlichen Bestandteile (mit vielleicht einmal kommender neuerlicher Zusammenfassung in eine große wirtschaftliche Föderation) ist das Grundgesetz

der politischen Entwicklung im Osten, das durch die Geschichte der Völker des Ostens bedingt ist, durch von außen eingreifende Mächte beeinflusst, durch das Überwuchern radikalsozialer Richtungen wie des Bolschewismus in den Hintergrund gerückt, auf die Dauer aber, soll im Osten eine natürliche organische Ordnung Platz greifen, nicht umgangen werden kann.

Die Besetzung der meisten Randstaaten durch die deutsche Armee Ende 1917 und Anfang 1918 sowie der in Brest-Litowsk geschlossene Friede beeinflussten die weitere Entwicklung der Randstaaten in hervorragendem Maße. Andererseits mochte der russische Bolschewismus, wobei auf das Wort „russische“ Nachdruck gelegt werden muß, trotz des feierlich anerkannten Prinzipes vom Selbstbestimmungsrechte der russischen Randvölker bis zur völligen Loslösung, nicht auf die Zugehörigkeit solch fruchtbarer Randgebiete, wie die Ukraine, verzichten. Deutschlands militärische Kreise diskreditieren die Randstaatenidee, indem sie sie als Vorwand für Annexionen mißbrauchten und Sowjetrußland glaubte sich seiner feierlichen Zusicherungen des Selbstbestimmungsrechtes für die Randstaaten entbunden, weil diese Randstaaten doch nichts anderes als Provinzen des deutschen Militarismus wurden. Auf diese Weise geriet die ganze Idee der Randstaaten und die Freiheit der Randvölker in Mißkredit, da man in der Randstaatenidee ein deutsch-militaristisches Kunstprodukt erblickte. In Wirklichkeit entsprach jedoch die Idee der Auflösung des russischen Imperiums in selbständige Randstaaten durchaus der organischen Entwicklung des gesamten Osteuropa.

Nach dem Zusammenbruche der deutschen Militärmacht wurde die Entente maßgebend für die Politik des russischen Randstaatengebietes. Sie übernahm die Randstaatenidee aber nur insofern, als diese geeignet schien, den besonderen Interessen Englands und Frankreichs zu nützen. So wurde ohne weiteres der polnische Staat gegründet, die Entstehung der kaukasischen Republiken geduldet und mit aller Kraft an der Konsolidierung der Ostseestaaten gearbeitet. Nur in solchen Fällen, wo das Entstehen eines Randstaates nicht direkt den Interessen Frankreichs oder Englands dienlich war, wollte die Entente von der Randstaatenpolitik nichts wissen und stellte sich auf den Standpunkt der Wiederherstellung eines geeinigten ungeteilten Rußlands, damit dieses die Schulden an die französischen und englischen Kapitalisten bezahlen könne. Aus diesem Grunde, und nur aus diesem Grunde verhielt und verhält sich die Entente bis auf den heutigen Tag ablehnend oder gleichgültig gegenüber der Idee einer selbständigen Ukraine. Kompliziert wurde die ganze Frage und die Haltung der Entente gegenüber den Randstaaten durch den russischen Bolschewismus, in dem die demokratischen und kapitalistischen Staaten des Westens den Hauptfeind erblickten.

Dem Beispiele der großen folgten die kleinen Staaten. Polen, das dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes sein Dasein verdankt und als Gegner Deutschlands von Frankreich in jeder Hinsicht unterstützt wird,

beeilte sich, das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes nur insoweit in Anwendung zu bringen, als es mit seinen imperialistischen Absichten übereinstimmt. Der Traum vom historischen Polen veranlaßte die Warschauer Regierung zunächst, ohne weiteres den Litauern, Weißruthenen, den ostgalizischen und südrussischen Ukrainern das Selbstbestimmungsrecht abzuerkennen und auf Kosten dieser Völker ein ungeheures Reich begründen zu wollen. So sind wir in den letzten Monaten Zeugen eines russisch-polnischen Krieges gewesen, der angeblich ein Kampf eines demokratischen Staates gegen den Bolschewismus, in Wirklichkeit aber der alte polnisch-russische Streit um die Hegemonie in Osteuropa und ein Kampf gegen das Selbstbestimmungsrecht der russischen Randvölker ist. Bei diesem Kampfe geht es hauptsächlich um den Besitz der Ukraine, ihrer natürlichen Reichtümer und ihrer beherrschenden Stellung im Südosten Europas. Polen war im Mittelalter die Vormacht Osteuropas, solange es seine Herrschaft bis an den Dnjepr behaupten konnte. Es verlor seine Vormachtstellung an Rußland, als dieses die Ukraine einverleibte und dadurch Herr der fruchtbaren ukrainischen Erde wurde. Der Kampf zwischen Rußland und Polen ist, entkleidet man ihn von allem nebensächlichen Beiwerk, ein Kampf um die Hegemonie in Osteuropa oder, präziser ausgedrückt, ein Kampf um die offene oder verhüllte Annexion der ukrainischen Gebiete.

Auch der russische Bolschewismus verfolgt nichts anderes als das Ziel, die russischen Randvölker wiederum dem russischen Staate einzuverleiben, diesmal, da die Methoden der mittelalterlichen offenerzigen Raub- und Gewaltpolitik nicht mehr angängig sind, in der Form von Begründung autonomer weißruthenischer und ukrainischer Sowjetrepubliken, die selbstverständlich mit der russischen Sowjetrepublik eng verbündet sein müssen. Immerhin liegt sowohl in dem polnischen Verhalten wie in der bolschewistischen Methode eine große Portion Anerkennung für die besonderen Bedürfnisse der russischen Randvölker. Polen verspricht den Weißruthenen und den Ukrainern Autonomie, das bolschewistische Rußland anerkennt sie als selbständige Sowjetrepubliken — beide beugen sich vor der historischen Notwendigkeit, den Randvölkern wenigstens der Form nach eine gewisse nationale Freiheit zuzuerkennen.

Zwischen Polen und Sowjetrußland stehend, gegen beide im tiefsten Grunde mißtrauisch, sind die Randvölker einfach nicht in der Lage, eine prinzipielle Politik zu führen. Sie wissen ganz genau, daß sowohl Rußland wie auch Polen eifrig bestrebt sind, ihre politische und wirtschaftliche Macht auf Kosten der Randvölker zu vergrößern und darum werden die Randvölker je nach den Ereignissen bald zu einer zeitweiligen Interessengemeinschaft mit Rußland, bald zu einer solchen mit Polen gedrängt. So schloß die Regierung der ukrainischen Volksrepublik ein Bündnis mit Polen gegen die Bolschewisten, und ein ähnlicher Grund veranlaßt Litauen, stillschweigend mit Sowjetrußland gegen Polen zu kooperieren.

In Wirklichkeit lehnen die Randvölker, Litauer, Weißruthenen und Ukrainer, die staatliche Gemeinschaft mit Polen und Rußland ab und wünschen für sich die Wiederaufnahme ihres eigenen staatlichen Aufbaues, den sie Ende 1917 so hoffnungsvoll begonnen hatten und der durch den Imperialismus der deutschen Militärkreise und in der Folge durch den russisch-bolschewistischen sowie polnischen Imperialismus aufgehalten wurde. Die Randvölker sind sowohl gegen eine Hegemonie Moskaus wie auch gegen eine Vormachtstellung Warschaus. Durch jahrhundertlange Erfahrung gewöhnt, daß eine staatliche Gemeinschaft mit Rußland oder Polen auf eine Unterdrückung und Ausbeutung der Grenzvölker zwischen Polen und Rußland hinausläuft, wollen die Randvölker zunächst die Möglichkeit selbständiger Organisation haben, um erst dann, wenn die wirtschaftlichen Notwendigkeiten gebietertisch auftreten werden, sich als Gleiche mit Gleichen eventuell zu einem großen wirtschaftlichen Verbände zusammenzuschließen.

Zeitweilige Erfolge der einzelnen im Osten kämpfenden Parteien, ein vorläufiger Sieg der Bolschewisten oder ein Erfolg Polens, ja selbst abgeschlossene Verträge wie der letzte in Riga, bedeuten keineswegs eine Regelung der verworrenen Verhältnisse in Osteuropa. Die Geschichte der letzten Jahrhunderte und namentlich der letzten Jahre hat bewiesen, daß der schrankenlose Imperialismus im Osten eine Quelle dauernder Reibungen und Kriege zwischen den Hauptmächten des Ostens und die Hauptursache der kulturellen und wirtschaftlichen Rückständigkeit der Völkermassen des Ostens war. Das im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts immer stärker gewordene Nationalbewußtsein der einzelnen Völker des ehemaligen Rußland kann und wird auf die Dauer die schrankenlose Ausbreitung des polnischen oder russischen Imperialismus auf Kosten der Randvölker nie zugeben. Mag auch Polen bei den gegenwärtigen Friedensverhandlungen in Riga scheinbar einen Erfolg errungen und seine Herrschaft bis tief in das Herz Weißrutheniens und der Ukraine getragen haben — auf die Dauer wird Polen sich seines Scheinerfolges nicht freuen können. Der Gegensatz zwischen den polnischen Randvölkern und dem polnischen Herrenvolke wird vielmehr über kurz oder lang das Gefüge des künstlich vergrößerten polnischen Staates sprengen und nicht einmal die ferne Hilfe Frankreichs wird es verhindern können, daß Polen sich mit jenen Grenzen bescheidet, die ihm von der Zahl seiner Volksgenossen und dem Siedlungsgebiete des polnischen Volkes vorgeschrieben sind. Das gleiche gilt auch für den russischen Imperialismus roter Färbung und im Falle des Zusammenbruches des Bolschewismus für den kommenden neuen russischen Imperialismus demokratischer oder reaktionärer Richtung.

Scheinbar ist die Frage der russischen Randvölker gegenwärtig so gelöst, daß Rußland einen Teil Weißrutheniens und den größten Teil der Ukraine sowie die Gebiete in Südostrußland in der Form angeblich selbständiger Sowjetrepubliken und Polen eine große Anzahl Litauer,

Weißruthenen und Ukrainer, denen es Autonomie verspricht, in ihrer Macht behalten. Die Entwicklungswahrscheinlichkeit ist aber die, daß sich weder Polen in der heutigen Gestalt noch der russische Bolschewismus auf die Dauer werden behaupten können. Der Bankrott des Imperialismus im Osten ist im Laufe des Weltkrieges allen politisch Denkenden offenbar geworden. Versuche, ihn wieder zur leitenden politischen Maxime im Osten zu machen, sind zur Erfolglosigkeit verurteilt. Zwar wird sein Gesicht durch das Beiwerk sozialer Forderungen verschleiert; in Wirklichkeit ist er weder in Moskau, noch in Warschau aufgegeben und wird sowohl für Moskau wie auch für Warschau die übelsten Folgen haben.

Die Verschüttung der Randstaatenidee, d. h. der Idee der wahren Selbstbestimmung aller osteuropäischen Völker, kann nur solange andauern, als die Doktrinen Lenins in Großrußland herrschen. Der Bolschewismus ist aber auch für Rußland kein natürliches Gewächs, und man muß nicht gerade ein Rückschrittler sein, um zu erkennen, daß die Zeiten des russischen Bolschewismus bald zu Ende sein werden. Es sei nur auf die Äußerungen geachteter linksstehender Sozialdemokraten, wie des früheren österreichischen Staatssekretärs Dr. Bauer verwiesen, die ein baldiges Ende der bolschewistischen Herrschaft in Rußland voraussagen. Der Bolschewismus konnte in Rußland darum siegen, weil er im Grunde genommen eine Revolution gegen den russischen Feudalismus gewesen ist und die Bauernschaft, vier Fünftel der gesamten russischen Bevölkerung, im Kampfe gegen die mittelalterlichen Formen der im russischen Kaiserreich herrschenden Agrarverhältnisse als zeitweiligen Bundesgenossen für sich zu gewinnen vermochte. Der Sinn der russischen Bauernrevolution ist aber keineswegs der Kommunismus, sondern die Erwerbung des Bodens als privates Eigentum. Solange die russische Bauernschaft gegenüber dem Bolschewismus wohlwollend neutral war und insoweit sie sich, wie im letzten Jahre, ihm gegenüber passiv verhält, konnte der Kommunismus in den entvölkerten russischen Städten herrschen. In dem Augenblick, wo die russischen Bolschewisten sich anschicken, wie gegenwärtig der Fall, die Bauernschaft zu Leistungen für die Stadt und für die bolschewistische Regierung und nicht zur Bekämpfung der von außen vordringenden Reaktion heranzuziehen, wandelt sich die Passivität der Bauern in Widerstand und in Feindschaft. Dieser Zeitpunkt scheint gerade jetzt in Sowjetrußland begonnen zu haben.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß es bald mit der Herrschaft des Bolschewismus in Rußland zu Ende sein wird. Der Bolschewismus wird aber nicht durch Polen oder Wrangel niedergedrungen werden, sondern durch die Entwicklung des innerrussischen Lebens. Es bleibt die große Frage, wer das Erbe der Bolschewisten in Rußland antreten wird. Nach Berichten genauer Kenner Rußlands ist in Rußland außer den Bolschewisten keine einzige genügend starke Gruppe vorhanden, die imstande wäre, die Bolschewisten in der Herrschaft abzulösen. Sicher ist,

daß keine einzige Persönlichkeit oder Gruppe sich wird durchsetzen können, die an den bestehenden Agrarverhältnissen eine Änderung wird vornehmen wollen. Wer nach dem voraussichtlichen Sturze der Bolschewisten den Versuch unternehmen wird, Rußland aufs neue zu organisieren, wird mit der Tatsache rechnen müssen, daß die russische Bauernschaft gegenwärtig Herrin alles Bodens ist und daß sie in keiner Weise gewillt und geneigt sein wird, ihren Besitz herauszugeben oder ihn durch besondere Leistungen abzulösen. Darum ist es so ziemlich ausgeschlossen, daß etwa eine Richtung Wrangel die Nachfolgerschaft nach den Bolschewisten antreten wird. Es ist vielmehr wahrscheinlich, daß nach dem voraussichtlich nahen Sturze der bolschewistischen Herrschaft in Rußland das große russische Reich zunächst in eine ungeheure Anzahl lokaler Gemeinwesen zerfallen wird, die sich allmählich zusammenschließen werden. Schon heute ist ja der größte Teil des russischen flachen Landes auf Selbsthilfe angewiesen. Diese Selbsthilfe wird nach dem Zusammenbruche der Bolschewisten überall einsetzen. Nach außen hin wird sie sich als Anarchie manifestieren. Rußland dürfte in der nächsten Zeit ungefähr in den Zustand zurückkehren, aus dem es im Jahre 1917 von den Bolschewisten herausgeführt wurde. Damals, zu Ende der Kerenskischen Herrschaft, war Rußland in eine ungeheure Zahl von lokalen Selbstverwaltungsgebieten zerfallen, die durch das Schlagwort der proletarischen Revolution und durch die Tatsache der wilden Agrarreform von den Bolschewisten wiederum geeint wurden. Die Bolschewisten haben gegenwärtig abgewirtschaftet; weit und breit ist in Rußland keine Machtgruppe zu sehen, die die Kraft und den Willen hätte, auf Grund einer zugkräftigen, das gesamte russische Volk erfassenden Idee eine Reorganisation des alten russischen Machtgebietes durchzuführen. Das wahrscheinlichste ist, daß nach dem Sturze des Bolschewismus die Entwicklung in Osteuropa dort anknüpfen wird, wo sie im Jahre 1917 von den Bolschewisten unterbrochen wurde: nämlich bei der Reorganisation der einzelnen Randvölker auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes mit den Mitteln der Selbsthilfe. Der neuerliche Zerfall Rußlands bezw. die Auflösung in seine natürlichen Bestandteile, in Nationalstaaten, wird die unumgängliche Etappe der Entwicklung sein. Möglicherweise dürfte es späterhin zu einem freien Staatenbunde Osteuropas kommen. Voraussetzung hierfür ist jedoch zunächst die Befriedigung der nationalen Bedürfnisse der einzelnen Völker in Osteuropa und in erster Linie die Zusammenfassung der schaffenden Kräfte des Bauerntums in den einzelnen Randstaaten, denn das Bauerntum Osteuropas ist das fundament der gesamten revolutionären Entwicklung und wird auch der Träger der zukünftigen Ordnung sein. Nach dem Sturze der Bolschewisten wird der Zeitpunkt kommen, wo auf dem Gebiete des ehemaligen Rußland sich selbständige, nationale Bauernrepubliken organisieren können.

II. Die Ukraine.

Das wegen seiner Zahl und wegen des Wertes des von ihm bewohnten Gebietes wichtigste Randvolk des ehemaligen Rußland sind die Ukrainer. Sie bewohnen nur auf dem Gebiete des früheren russischen Kaiserreiches 664 000 Quadratkilometer und bilden auf dieser ungeheuren Fläche 73 % der Gesamtbevölkerung (nach der amtlichen russischen Zählung vom Jahre 1897). Die Ukrainer in Rußland grenzen unmittelbar an ihre Stammesgenossen in dem ehemaligen Österreich-Ungarn, so daß das gesamte ethnographisch-ukrainische Gebiet 739 000 Quadratkilometer umfaßt, auf dem 46 Millionen Einwohner leben, wovon 71 % Ukrainer sind. Aber nicht nur die Zahl der ukrainischen Stammesgenossen läßt die Ukrainer als größtes und bedeutendstes Randvolk Rußlands erkennen. Es ist vielmehr die Fruchtbarkeit und der natürliche Reichtum des von den Ukrainern bewohnten Gebietes, die die Ukraine zum aussichtsreichsten und wertvollsten Staate des gesamten Osteuropa machen. Die Geschichte Osteuropas beweist, daß mit dem Besitze des ukrainischen Gebietes die Großmachtstellung des Staates verbunden ist, der dieses Land beherrscht. Rußland verdankte seinen ungeheuren Reichtum an Brotgetreide und Rohmaterialien nur dem Umstande, daß es die ukrainischen Bodenschätze für sich verwerten konnte. Das alte Polen und das neue Polen war und ist in gleicher Weise bemüht, seine Hand nach der Ukraine auszustrecken. Der Sinn des polnisch-russischen Krieges um die Vormachtstellung in Osteuropa ist, wie schon einmal bemerkt wurde, letzten Endes der Kampf um den Besitz der Ukraine. Wegen der Wichtigkeit und Bedeutung der Ukraine als Produktionsland und als Küstenland des Schwarzen Meeres waren und sind Polen und Russen gleichermaßen bemüht, das Entstehen einer selbständigen Ukraine zu verhüten.

Die Entwicklung aller europäischen Völker zu nationaler Emanzipation ging indes auch am ukrainischen Volke nicht spurlos vorüber. Seit einem Jahrhundert datiert die neue nationale Bewegung des ukrainischen Volkes. Sie knüpfte an die Traditionen des einstigen ukrainischen selbständigen Staates an, der zuerst von den Polen und im 17. Jahrhundert von den Russen durch List und Vertragsbruch einverleibt und allmählich bis zum Range einer völlig von Moskau und Petersburg abhängigen Provinz degradiert wurde. Nationale Dichter und Gelehrte erweckten das schlummernde, aber nie entschlafene Volksbewußtsein der Ukrainer zu neuem Leben. Namentlich im österreichischen Teile der Ukraine entwickelte sich die ukrainische Freiheitsbewegung in immer stärkerem Maße und übte ihren Einfluß auf die Ukrainer in Rußland. Schon im Jahre 1905, anlässlich der ersten russischen Revolution, äußerte sich die ukrainische Nationalbewegung in stürmischer Weise und kam durch die Wahl von fast lauter ukrainischen Abgeordneten in die erste russische Duma zu sichtbarem Ausdruck. In der Folge versuchte die russische

Zentralregierung die seit jeher in brutalster Weise gegenüber den Ukrainern zur Anwendung gebrachte Unterdrückungsmethode aufs neue in noch schärferer Art zur Durchführung zu bringen. Unter der Oberfläche glommt aber das Verlangen der Ukrainer nach kultureller Autonomie, nach wirtschaftlicher Selbständigkeit und völkischer Befreiung weiter. Und als sich im Jahre 1917 die Revolutionswelle über das Gebiet des ehemaligen Rußland ergoß, da waren die Ukrainer mit unter den ersten Randvölkern Rußlands, die das verhaßte russische Fremdjoch abschüttelten und sich als selbständige staatliche Einheit konstituierten. Beim Zusammenbruche der österreichisch-ungarischen Monarchie vollzog sich die gleiche Erscheinung in den ukrainischen Teilen des Habsburgerreiches.

Der Widerstand der Russen und Polen gegen die freie Ukraine hörte auch während der Sturm- und Drangjahre 1918 und 1919 nicht auf. Der Reihe nach entpuppten sich auch die Bolschewisten, die demokratischen Polen und die bürgerlich-russischen Parteien als erbitterte Gegner der freien Ukraine. Sie versuchten die ukrainische Nationalbewegung als eine künstlich gezüchtete Bewegung, als eine österreichische Erfindung, als eine Farce des deutschen Militarismus zu diskreditieren. Die Kraft der ukrainischen nationalen Bewegung war aber mit derartigen erlogenen Behauptungen nicht aus der Welt zu schaffen. Unter Führung nationaler Regierungen und einzelner ukrainischer Patrioten führte und führt das ukrainische Volk seit nahezu vier Jahren einen erbitterten Kampf nach allen Fronten für seine Selbständigkeit und Befreiung.

Allmählich erkannten die verbohrtesten Feinde des Ukrainertums die Unsichtslosigkeit ihrer Vogel-Straußpolitik und der Reihe nach änderten sie ihre Methoden gegenüber der ukrainischen Nationalbewegung. Sie versuchten nun die Kraft dieser Bewegung für ihre Zwecke zu nützen, um mit Hilfe des ukrainischen Gedankens ihre eigenen Interessen zu fördern und unter der Form der Anerkennung des ukrainischen Selbstbestimmungsrechtes sich zu Protektoren und Herren weiter ukrainischer Gebiete zu machen. Die Bolschewisten, am wenigsten beschwert durch Traditionen, entschlossen sich zuerst, das Ukrainertum anzuerkennen. Um erfolgreich gegen die demokratische, nationale Bewegung der Ukrainer aufzutreten, schufen sie eine ukrainische Sowjetrepublik, der sie in der Theorie vollständigste Selbständigkeit zugestanden, die sie aber in der Praxis ähnlich der russischen zaristischen Regierung als eine Provinz Großrußlands behandelten. Dem Beispiele der Moskauer Bolschewisten folgte das demokratische Polen. Es erkannte das Selbstbestimmungsrecht und die Selbständigkeit der Ukrainer des ehemaligen Rußland an und schloß mit ihnen ein Bündnis, um auf diese Weise einerseits das ukrainische Ostgalizien einzustecken und andererseits die eigene Macht bis tief in das Herz der russischen Ukraine auszudehnen. Wo alles liebt, kann Carl allein nicht hassen! Wrangel, der Nachfolger Denikins, der zaristische General, dem und dessen Umgebung nichts verhaßter sein kann, als der ukrainische Separatismus, welcher die fetten Einkünfte der ungeheuren Zahl der russischen Großgrundbesitzer und der

zaristischen Beamten gefährdet, entdeckte plötzlich sein Herz für das Ukrainertum und entschloß sich, das Selbstbestimmungsrecht der Ukrainer anzuerkennen. In Worten verriet er radikal die Pläne und Ansichten seines Meisters Denikin und ließ überall verkünden, daß er das Recht der Ukrainer auf Selbstverwaltung anerkenne und daß er ihre Bundesgenossenschaft erstrebe, um gemeinsam mit ihnen den Feind in Moskau, den Bolschewismus, zu bekämpfen. Er schickte Delegationen zur demokratischen ukrainischen Volksregierung, er ernannte sogar ein besonderes ukrainisches Komitee am Standorte seines Hauptquartiers und trat so in die Reihen der neuen Freunde des ukrainischen Gedankens. Es liegt eine gewisse Komik darin, daß die geschworenen direkten Feinde des ukrainischen Volksgedankens sich geradezu drängten, dem Genius des ukrainischen Volkes zu huldigen, den ukrainischen Nationalgedanken in aller Form anzuerkennen und ihm die Jahrhundertlang abgesprochene Existenzberechtigung zuzugestehen.

Mit seinen Feinden wird das ukrainische Volk schon fertig werden, vor seinen neuen Freunden möge es Gott behüten! Diese Empfindung ist im ganzen ukrainischen Volke lebendig. Und wiewohl die Ukrainer nicht ohne innere Genugtuung zur Kenntnis genommen haben, wie nacheinander Bolschewisten, Polen und reaktionäre Russen die Berechtigung ihrer Bestrebungen anerkennen, so sind sie sich doch darüber klar, daß sie hinsichtlich ihrer Zukunft in erster Linie nur auf sich selbst zu zählen haben. Sie wissen, daß der große Umwälzungsprozeß im Osten noch lange nicht zu Ende ist, sind jedoch davon überzeugt, daß die Zeit für sie arbeitet. Gegenwärtig existiert schon eine de jure unabhängige ukrainische Sowjetrepublik; auch die Macht der ukrainischen demokratischen Volksregierung erstreckt sich auf einen Teil des ukrainischen Territoriums; die ungeheure Masse des ukrainischen Volkes will nichts von Fremdherrschaft wissen und namentlich die ukrainische Bauernschaft, das Fundament der ukrainischen Gemeinschaft, ist von unbändigem Selbstständigkeitsdrange erfüllt. Die Ukrainer wissen, daß die Geschichte Osteuropas nicht über ein Vierzig-Millionenvolk achtlos hinweggehen kann. Mag das ukrainische Land gegenwärtig ein Tummelplatz für verschiedene Usurpatoren und eine Kampfstätte von Bürgerkriegen sein — am Ende steht doch die freie selbständige Ukraine.

Die Ukraine ist infolge ihrer sozialen Gliederung und des ungeheuren Reichtums ihrer schwarzen Erde in der glücklichen Lage, daß sie rascher als alle anderen Länder, die durch den Krieg verwüstet wurden, sich zu neuem wirtschaftlichen Leben erheben kann, um so mehr als sie über eine großzügige durch Krieg und Revolution ungestörte Genossenschaftsorganisation (rund 15 000 Einzelgenossenschaften mit 10 Millionen Mitgliedern!) verfügt. Über 80 % des ukrainischen Volkes sind Bauern, deren Bedürfnislosigkeit eine Art Immunität gegen die kulturellen Schädigungen des jahrelangen Krieges darstellt. Der Hauptreichtum der Ukraine ist die fruchtbare schwarze Erde und die kann weder von den Bolschewisten, noch von Wrangel, noch von den Polen weggetragen

werden. Nach dem Wüten und Toben der Revolutions- und Kriegsjahre wird der ukrainische Bauer, die ukrainische Erde, werden die ukrainischen Flüsse, das ukrainische Meeresufer und die ungeheuren Schätze in den ukrainischen Bergwerken bleiben. All das zusammen wird genügen, einen großen und reichen Staat zu begründen.

III.

Deutschlands Haltung.

Solange Osteuropa infolge des russisch-polnischen Krieges und infolge der Bürgerkriege für die Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen mit dem Osten nicht unmittelbar in Betracht kommt, können die auswärtigen Ministerien der westeuropäischen Staaten in der Behandlung der Ostpolitik eine gewisse Reserve beobachten. Immerhin ist es aber notwendig, daß namentlich Deutschland, dessen Wiedergesundung zum großen Teile von der Entwicklung seiner wirtschaftlichen Beziehungen zum Osten abhängt, sich über den Weg klar ist, den es in Zukunft zu gehen hat, und rechtzeitig alle jene Vorbereitungen trifft, die notwendig sein werden, im gegebenen Augenblick die so heiß ersehnten Handelsbeziehungen mit dem Osten aufzunehmen. Bei der Betrachtung der Entwicklungsmöglichkeiten darf sich Deutschland nicht von zufälligen Vorkommnissen, von zeitweiligen Erfolgen irgend eines Faktors beeinflussen lassen. Es muß vielmehr unbekümmert um vorübergehende bolschewistische oder polnische Erfolge oder Niederlagen die Grundprobleme Osteuropas erkennen und seine Politik jenen Entwicklungswahrscheinlichkeiten anpassen, die organisch aus der gesamten Geschichte Osteuropas herauswachsen werden. Die Grundprobleme des östlichen Europa aber sind: die Befreiung der verschiedenen Völker, die während langer Jahrhunderte unterworfen und unterdrückt wurden; die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes für alle Völker des Ostens und für alle nationalen Minoritäten innerhalb der einzelnen östlichen Völker.

Deutschland hat durch den verlorenen Krieg den größten Teil seiner Macht eingebüßt und kann seine Weltgeltung nur dann wieder erlangen, wenn alle demokratischen und freiheitlichen Grundsätze, die in den letzten blutigen Jahren erkannt, aber leider nicht zur Durchführung gelangt sind, sich tatsächlich in werktätiges Leben umsetzen werden. Deutschland kann als Wortführer dieser Grundsätze moralisch und materiell nur gewinnen. Das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes, das von Wilson leider nicht überall durchgeführt werden konnte, sollte von Deutschland aufgenommen und von seiner Außenpolitik immer wieder betont werden. Die schönen Grundsätze von weltwirtschaftlicher Gemeinsamkeit und von der Verantwortlichkeit aller Staaten für das Wohl der Völker sollten von Deutschland in allerstärkster Weise betont werden, damit es moralisch die Führung aller derjenigen Völker übernehme, die vor den Augen der weltbeherrschenden Vormächte der Entente keine Gnade gefunden haben. Diese Grundsätze sollte

Deutschland zunächst in seiner Betrachtung der Ostpolitik zur Anwendung bringen. Es wäre der schwerste Fehler, den man in Deutschland begehen könnte, wenn man sich auf Sowjetrußland, auf Polen, oder gar auf Wrangel orientieren wollte. Die nicht einmal für Rußland passenden wirtschaftlichen Methoden des Leninschen Kommunismus werden bald zusammenbrechen. Der polnische Imperialismus, der gegenwärtig in Riga zu triumphieren glaubt, muß aus tausend Gründen, vor allem wegen der schwierigen inneren Lage in Polen selbst und wegen der Feindschaft der vergewaltigten Fremdvölker gegen Polen Bankrott machen. Wrangels Sehnen, ein einiges ungeteiltes Rußland wieder herzustellen, wo der Tschinownik und General die erste Rolle spielen werden, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt, denn die im Laufe der letzten drei Jahre vom Feudalismus befreiten Bauern in Rußland werden niemals zugeben, daß sie wieder in Hörigkeit verfallen und daß die Früchte ihres Fleißes zur Mästung der alten zaristischen Gewalten mißbraucht werden. Die Zukunft Osteuropas liegt vielmehr bei der Demokratie und wird die Befreiung aller im Osten Lebenden nationalen Einheiten bringen. Befürworter dieser Entwicklungswahrscheinlichkeit zu sein, ist eine Aufgabe Deutschlands würdig und seinen Interessen allein zuträglich.

Namentlich in seiner Politik gegenüber der Ukraine muß sich Deutschland von den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechtes und der Demokratie leiten lassen. Die Ukraine ist seit jeher der stärkste Abnehmer der deutschen Industrie gewesen. Sie allein wird von allen im Osten entstandenen und in Entstehung begriffenen Staaten imstande sein, Deutschland einen erheblichen Teil aller Rohstoffe zu liefern, die Deutschland für seine Industrie und für die Hebung seiner Produktion nötig hat. Mag auch in den Wechselfällen der Kriege im Osten die ukrainische demokratische Bewegung zeitweilig Schlappen erleiden, für die Beurteilung der gesamten ukrainischen Frage kann das nicht maßgebend sein. Die Tatsache, daß die ukrainische Bauerndemokratie seit vier Jahren, von allen Hilfsmitteln der Welt abgeschnitten, sich tapfer gegen die Feinde ringsum schlägt, die Tatsache, daß die schlimmsten Gegner der ukrainischen Freiheit die Berechtigung der ukrainischen Ansprüche anerkannt haben, sind Beweise, daß der Gedanke der freien Ukraine genug Kraft hat, um sich schließlich durchzusetzen. Damit muß die deutsche Ostpolitik rechnen. Schon heute sollte sie in ihrem eigensten Interesse alle diejenigen Kräfte unterstützen, die den Aufbau einer freien demokratischen Ukraine erstreben. Auf diese Weise wird sie die allerbeste Vorbereitung getroffen haben, um der erste und größte westeuropäische Nutznießer der ungeheuren wirtschaftlichen Möglichkeiten der konsolidierten Ukraine zu werden.

E. S. W.

Buchdruckerei
Wb. Sayffaerth (Otto Hied)
Berlin-Schöneberg
